Nummer 455

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Freitag, 28. September 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Praxis des Wirtschaftsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Sportflug und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: i. V.: Wilh. Steneberg. Polit. Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reiner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditеure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis verträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark. Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Braunkohlenpreis-erhöhung beschlossen.

Ablehnende Haltung des Wirtschafts-ministeriums.

In der Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates am Donnerstag, wurde vom Mitteldeutschen und Ostelbischen Braunkohlen-Syndikat mit Rücksicht auf die neuerdings durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung eintretende Steigerung der Selbstkosten Anträge auf Erhöhung der Hausbrandbrikettpreise gestellt. Das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat beantragte eine Erhöhung der Hausbrandbrikettpreise um eine Mark je Tonne. Diese Erhöhung bedeutet im Durchschnitt für die Brikettерzeugung des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats eine Steigerung der Erlöse um etwa 50 Pfg. Der Antrag wurde in beiden Gremien angenommen. Das Ostelbische Braunkohlen-Syndikat beantragte eine Erhöhung der Braunkohlenbrikettpreise um durchschnittlich 60 Pfg. je Tonne. Der Antrag wurde von den Organen der Kohlenwirtschaft angenommen. Von dem Vertreter des Reichswirtschaftsministers wurde dieser Beschluß insoweit beanstandet, als die Preise über die des Vorjahres gehen, mit der Begründung, daß die durch die Preiserhöhung eintretende Belastung der Verbraucher im Interesse des öffentlichen Wohls bei der durchschnittlichen Selbstkostenlage des ostelbischen Braunkohlenbergbaues nicht vertreten werden kann. Außerdem wurde ein Antrag des Syndikats für das rechts-rheinische Bayern auf Erhöhung der Preise für bayerische Preßkohle um eine Mark je Tonne von den Organen der Kohlenwirtschaft einstimmig angenommen.

*

Es zeigt sich hier wieder der unhaltbare Zustand, daß der Reichsarbeitsminister Lohnerhöhungen sanktioniert, der Reichswirtschaftsminister aber dadurch bedingte Preiserhöhungen beanstandet. Nach dem Wortlaut des gestern in später Abendstunde ausgegebenen Kommuniqués scheint sich der Widerspruch des Wirtschaftsministers allerdings nur auf das ostelbische Revier zu beziehen.

Schwierigkeiten in den deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Die vor einigen Tagen wieder aufgenommenen deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen sind nach Mitteilungen der TU neuerdings auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, da Rumänien neue Forderungen gestellt hat, mit denen man deutscherseits nicht rechnete. Ob diese Tatsache zum Abbruch der Verhandlungen führen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Auf alle Fälle steht fest, daß die Lage als äußerst schwierig angesehen werden muß.

Veröffentlichung der amerikanischen Antwort erst am Dienstag.

Heute Ueberreichung in London und Paris.

EP Paris, 27. September.

Dem „Temps" zufolge wird die amerikanische Antwortnote auf das englisch-französische Flottenabkommen morgen, Freitag, im Quai d'Orsay und im Foreign Office überreicht werden. Das Dokument werde wahrscheinlich am Dienstag früh gleichzeitig in Paris, London und Washington veröffentlicht werden.

Nach einer anderen Pariser Meldung wird die Veröffentlichung vielleicht auch schon am Sonnabend zu erwarten sein.

Die deutsche Delegation von Genf abgereist.

Die deutsche Delegation mit Staatssekretär Dr. von Schubert an der Spitze hat Donnerstag abend gegen 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge die Rückreise nach Berlin angetreten. Zum Aufschied hatten sich der deutsche Unterstaatssekretär Dufour-Feronce und einige der deutschen Mitglieder des Völkerbundssekretariats sowie der deutsche Generalkonsul Dr. Völckers eingefunden.

Konkurrenzneid?

Ein Pressefeldzug gegen den deutsch-chinesischen Vertrag.

Nanking erklärt die Ratifizierung als gesichert.

Schanghai, 27. September.

Eine offizielle Erklärung des Nankinger Außenministeriums dementiert die Gerüchte über die Möglichkeit einer Nichtratifizierung des deutsch-chinesischen Vertrages und betont, daß leitende Regierungsmitglieder vor der Unterzeichnung ihr Einverständnis mit dem Vertragsabschluß zum Ausdruck brachten, weshalb die Ratifizierung praktisch gesichert sei. Diese offizielle Erklärung ist veranlaßt durch einen Pressefeldzug der letzten Zeit für und gegen den deutsch-chinesischen Vertrag, besonders im Hinblick auf die Meistbegünstigung und das Fehlen einer zeitlichen Begrenzung seiner Gültigkeit. Die Angriffe sind im Grunde großenteils persönlicher Natur und richten sich gegen den Außenminister. Neuerdings in der Presse erschienene Artikel betonen dagegen immer wieder die zeitliche Begrenzung des Vertrages durch den in Aussicht genommenen endgültigen Handelsvertrag und weisen darauf hin, daß die Meistbegünstigung in modernen Handelsverträgen üblich ist, auch im deutsch-japanischen Vertrag sei sie vorgesehen. Eine Nichtgewährung würde nur Deutschland schädigen, ohne China zu nützen. Außerdem bedeute die Freundschaft mit dem außerhalb der sogenannten Vertragsmächte stehenden Deutschland eine Stützung der sonstigen politischen Ziele Chinas.

*

Nicht uninteressant hierzu ist die Erinnerung daran, daß auch bei den Verhandlungen Nordamerikas mit China sich Gegenströmungen in London bemerkbar machten ...

Washington erkennt Nanking an.

EP Washington, 27. September.

Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Nanking-Regierung offiziell und de jure anerkannt haben.

Der Kampf um die englischen Schutzzölle.

Baldwins Rede auf dem konservativen Parteitag.

Great Yarmouth, 27. September.

Heute morgen wurde hier der 56. Parteitag der Konservativen Partei eröffnet, zu dem 2600 Delegierte, darunter vier Kabinettsmitglieder und 80 Parlamentsmitglieder, erschienen sind. Im Mittelpunkt des Parteitages, der der Vorbereitung der für das nächste Frühjahr zu erwartenden Wahlen gilt, steht die Frage des verstärkten Schutzes der heimischen Industrie.

Nach einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters von Yarmouth nahm der Parteitag den Bericht des Vollzugsrates der Partei über die Leistungen im vergangenen Jahr und über die Arbeit der Regierung an. Als Tagungsort für den nächstjährigen Parteitag wurde London festgesetzt. Die Rede des Führers der Schutzzollfreunde, Page Croft, war

in sehr versöhnlichem Tone gegenüber Baldwin

gehalten. Der Redner beschränkte sich darauf, von der Regierung eine Beschleunigung in der Einführung weiterer Schutzzölle zu fordern. In der Frage einer Ausdehnung des Schutzzolles, besonders auf die Eisen- und Stahlindustrie, kam es zu einem kleinen Zwischenfall, als ein Delegierter sich dagegen wehrte, daß nur eine einzige von insgesamt 13 vorliegenden Entschließungen in dieser Frage zum Gegenstand der Aussprache gemacht werden solle. Der Vorsitzende vermittelte durch das Zugeständnis, daß der Parteitag eine ergänzende Entschließung erörtern werde, wenn das wünschenswert erscheine oder vom Parteitag verlangt werde. Der Vorsitzende der konservativen Parteiorganisation, Davidson, setzte sich bei anderer Gelegenheit für die

Erhaltung einer strassen Disziplin innerhalb der Partei

ein. Die Frage der Oberhausreform wurde auch dieses Jahr wieder aufgerollt und eine Entschließung angenommen, die von der Regierung verlangt, die Mitverantwortlichkeit des Oberhauses in Haushaltsfragen noch während der Lebensdauer des gegenwärtigen Parlaments zu sichern und weitere Beschränkung der Machtbefugnisse des Oberhauses zu verhindern. Hierbei begründete der Abgeordnete Sir Henry Page Croft eine Entschließung, durch die der Parteitag aufgefordert wird, die auf den letzten drei Parteitagen einstimmig angenommenen Entschließungen zu bestätigen, in denen die weitestmögliche Ausdehnung des Schutzzolles auf Industrien verlangt wird, soweit das mit dem vom Ministerpräsidenten Baldwin vor vier Jahren abgegebenen Wahlversprechen im Einklang steht. Zur Begründung führte der Redner u. a. aus, daß

der Liste der durch Schutzzölle geschützten Industrien die Eisen- und Stahlindustrie und die Textilindustrie in Yorkshire hinzugefügt

werden müßten. Wenn die Regierung dieser Anregung folge, würden wenigstens 130 000 weitere Personen innerhalb von fünf Monaten in diesen Industrien beschäftigt werden können. Ein Delegierter, der gegen die Einbeziehung der Eisen- und Stahlindustrie sprach, wurde vom Parteitag niedergeschrien. Die Entschließung und eine Ergänzung, in der ausdrücklich die Ausdehnung von Schutzzöllen auf die Eisen- und Stahlindustrie verlangt wird, wurden mit großer Mehrheit angenommen. In einer weiteren Entschließung beglückwünscht der konservative Parteitag die Regierung zu ihren Erfolgen auf dem Gebiete der Außenpolitik.

Ministerpräsident Baldwin

erklärte in einer längeren Rede, der Plan zum Schutz der britischen Industrie mittels Zolltarife sei seit sieben Jahren Gesetz. Alle werden zugeben müssen, daß die Periode der Experimente beendet sei. Das britische Volk nehme langsam Stellung zu neuen Fragen, es denke aber sehr viel darüber nach. Es sei abgemacht, daß es keine Schutzzölle auf Lebensmittel geben werde, wenn die Wähler der konservativen Regierung günstig blieben. Das Schutzverfahren werde nicht als Umweg dienen, um den allgemeinen Zolltarif einzuführen, bevor man

die Frage der Wählerschaft unterbreitet

haben werde. Keiner Industrie werde das Recht entzogen werden, ihren Standpunkt darzulegen und die Richtigkeit dieses Standpunktes zu beweisen, wenn sie vor ein zuständiges Gericht komme. Das Schutzverfahren für die Industrie

Baldwin erklärte weiter: Die Partei habe sich nie in einer

Baldwin erklärte weiter: Die Partei habe sich nie in einer besseren Kampfesstimmung befunden als gerade jetzt. Sie sehe voller Vertrauen den nächstjährigen Wahlen entgegen. Ehe die Arbeiterpartei nicht gelernt habe, den extremen Elementen in ihren eigenen Reihen entgegenzutreten und sie bloßzustellen, werde es ihr nie gelingen, sich das Vertrauen des Volkes zu sichern. Niemals sei eine politische Partei in ihrer Politik und ihrer Führung so uneinig gewesen, wie es die liberale Partei heute sei. Das britische Volk habe ein Recht zu wissen, ob die Liberalen, wenn es an ihnen läge, der Arbeiterpartei wieder zur Macht verhelfen würden. Wenn die Regierung im nächsten Juni oder Juli wiedergewählt werden sollte, dann werde sie es sich weiterhin angelegen sein lassen, mit den menschenunwürdigen Elendsvierteln in den Städten aufzuräumen. In absehbarer Zeit werde im ganzen Lande elektrische Kraft zu billigen Raten zu haben sein. Ging England und auch ganz Europa sei sich der Hingabe, der

Geschicklichkeit und der Geduld bewußt, mit der Sir Austen Chamberlain die auswärtigen Angelegenheiten behandelt habe.

Was in Europa während der letzten vier Jahre erreicht worden sei, das sei zum großen Teil ihm zu verdanken und er habe sich im Dienste des Friedens nahezu aufgerieben.

Neuwahlen in Australien.

TU London, 27. September.

Die australische Bundesregierung hat beschlossen, das gegenwärtige Parlament am 9. Oktober aufzulösen. Die Neuwahlen sollen gleichzeitig mit der Volksabstimmung über die Frage der Neuregelung der Schulden auf Grund der Regierungsvorschläge am 17. November abgehalten werden. Das neue Parlament wird am 5. Februar nächsten Jahres zusammentreten.

Unruhe links.

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß in dem Hamburger Bureau der Kommunistischen Partei Unregelmäßigkeiten finanzieller Art vorgekommen waren. Es stellte sich heraus, daß ein Parteisekretär namens Wittorf ziemlich umfangreiche Unterschlagungen von Parteigeldern sich hatte aufschulden kommen lassen, und daß drei Angestellte seines Bureaus in die Angelegenheit verwickelt waren. Wittorf wurde aus der Partei ausgeschlossen, die drei Angestellten ihrer Funktionen enthoben. Gestern veröffentlicht nun die „Rote Fahne" folgenden Beschluß des Zentralkomitees der KPD vom 26. September:

„Das Zentralkomitee mißbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen, bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann.

Diesem Beschluß liegt folgende Tatsache zugrunde: Genosse Thälmann, dem persönlich kein Vorwurf der Beteiligung an der Unterschlagung Wittorfs gemacht werden kann, hat mit einigen Genossen den Versuch gemacht, die ihm und den übrigen Genossen bekannt gewordenen Unterschlagungen Wittorfs den leitenden Instanzen der Partei vorzuenthalten und unter Umgehung der Instanzen der Partei zu liquidieren. Da eine solche Handlung unvereinbar ist mit der Disziplin der Partei, da die Verletzung der Parteidisziplin durch einen verantwortlichen Parteifunktionär sehr schwer wiegt, kam das Zentralkomitee zu vorstehendem Entschluß.

Das Zentralkomitee kam dem Wunsche des Genossen Thälmann nach, ihm die Gelegenheit zu geben, seinen von ihm anerkannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten. Das Urteil der Exekutive wird veröffentlicht werden."

Dieser Beschluß ist merkwürdig und interessant. Wenn gegen den Vorsitzenden der KPD nur die Tatsache vorläge, daß er, ohne selbst an den Unterschlagungen beteiligt zu sein, aus irgendwelchen Gründen den Vorfall nicht auf dem bureaukratisch vorgeschriebenen Instanzenwege weitergeleitet hat, so wäre das bei den sonst in dieser Beziehung so großzügigen Kommunisten sicherlich noch lange kein Grund, um einen derartigen Beschluß gegen den derzeitigen roten Imperator zu fassen. Es muß etwas anderes im Gange sein, und die Vermutung liegt zum Greifen nahe, daß politische Beweggründe den Antrieb zu der Revolte gegen Thälmann gegeben haben. Man weiß in eingeweihten Kreisen, daß unter den oberen Zehntausend der deutschen Kommunisten, bei denen Neid, Mißgunst, Intrige und materielle Zielstrebigkeit sich noch viel wilder tummeln als in anderen Parteien, seit langer Zeit Cliquen am Werke waren, die nach oben drängten und auf Thälmanns Beseitigung hinarbeiteten. Der „Transportarbeiter" ist nun unterwegs nach Moskau und es liegt in der Hand seines Freundes Stalin, ob er Parteivorsitzender bleibt oder nicht. Stalin muß seine Macht sehr hoch einschätzen, wenn er es wagt, Thälmann gegen die roten Rebellen der KPD zu halten. Wahrscheinlicher ist es, daß der suspendierte Kommunistenkönig für immer zur Disposition gestellt wird.

Es läßt sich noch nicht übersehen, ob ein Wechsel im Regime der KPD gleichbedeutend mit einem abermaligen Kurswechsel der kommunistischen Politik in Deutschland sein wird. Da die deutschen Ultralinken noch immer im Abgrunde des Verrufs liegen, wo er am tiefsten ist, kann man mit einer Linksorientierung kaum rechnen. Die Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei könnten zu der Vermutung führen, daß die kommunistischen Strategen es für richtig halten, das Steuer etwas nach rechts zu legen, um eine Angleichung an den sich ständig radikalisierenden linken Flügel der Sozialdemokraten zu finden — ein Verfahren, das schon einmal (unter der Aera Brandler) mit Erfolg angewendet wurde. Für diese Vermutung sprechen Nachrichten, denen zufolge der verbannte Brandler in Moskau wieder in Gnaden aufgenommen sei. Wird er oder wenigstens sein Geist Nachfolger Thälmanns, so würden Umwälzungen auf der deutschen Linken, und zwar gerade auch bei den Sozialdemokraten, die Folge sein. Kurz: Man sieht, daß auf der Komödienbühne zwischen Löbe und Hölz die amüsanten Szenen einander jagen.

Dr. J.